

**Page Denied**

RESTRICTED



# GESETZBLATT

der  
Deutschen Demokratischen Republik

1953	Berlin, den 17. Februar 1953	Nr. 21
Tag	Inhalt	Seite
6. 2. 53	Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft	293
6. 2. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft	295
6. 2. 53	Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft	297
6. 2. 53	Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft. — Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen	301
6. 2. 53	Verordnung über den Amateurfunk	302
6. 2. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Amateurfunk (Amateurfunkverordnung)	303
5. 2. 53	Preisverordnung Nr. 287. Änderung der Preisverordnung Nr. 224a — Verordnung über die Preise für vollständig vergällten Branntwein (Brennspritus)	309
3. 2. 53	Ergänzung zur Dritten Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung	309
27. 1. 53	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Hygieneinspektion	310
	Berichtigungen	311

**Verordnung**  
über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft.

Vom 6. Februar 1953

Die von der Arbeiterklasse im Bündnis mit der schaffenden Intelligenz getragene Rationalisatoren- und Erfinderbewegung ist eine der entscheidenden Kräfte beim Aufbau des Sozialismus.

Sie muß systematisch gefördert, weiterentwickelt und auf die Schwerpunkte unserer Volkswirtschaft hingelenkt werden.

Um eine zweckmäßige und schnelle Behandlung der Erfindungen und Verbesserungsvorschläge innerhalb der volkseigenen Wirtschaft zu gewährleisten, wird folgendes verordnet:

I

**Organisation des Erfindungs- und Vorschlagswesens**

§ 1

(1) Die Minister und Staatssekretäre, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Leiter der volkseigenen Betriebe sind dafür verantwortlich, daß Erfindungen und Verbesserungsvorschläge innerhalb ihres Verwaltungsbereiches nach Maßgabe dieser Verordnung behandelt und bei Verwertbarkeit unverzüglich der Nutzung zugeführt werden.

(2) Das Amt für Erfindungs- und Patentwesen (Patentamt) hat die Aufgabe, anzuleiten und die Durchführung dieser Verordnung zu kontrollieren.

§ 2

(1) In allen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben sind von den Leitern der Betriebe arbeitsfähige Büros für Erfindungs- und Vorschlagswesen (BfE) zu bilden.

(2) In den Forschungsinstituten können BfE gebildet werden, soweit dies im Rahmen ihrer Tätigkeit erforderlich ist.

§ 3

(1) In den Ministerien und Staatssekretariaten, denen volkseigene oder ihnen gleichgestellte Betriebe unterstehen, sowie in den Generaldirektionen des Ministeriums für Verkehr ist im Rahmen der geltenden Stellenpläne die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens zu sichern, und zwar grundsätzlich bei dem Arbeitsgebiet Rekonstruktion und Technologie.

(2) Soweit in den folgenden Paragraphen und in den Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung von Ministerien und Staatssekretariaten gesprochen wird, sind darunter die Ministerien und Staatssekretariate, denen volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe unterstehen, und die Generaldirektionen des Ministeriums für Verkehr zu verstehen.

RESTRICTED



**Erste Durchführungsbestimmung  
zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen  
in der volkseigenen Wirtschaft.**

**Vom 6. Februar 1953**

Auf Grund des § 12 der Verordnung vom 6. Februar 1953 über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 293) wird folgendes bestimmt:

**I.**

**Die personelle Besetzung der Betriebsbüros für Erfindungs- und Vorschlagswesen (BfE) und der Stellen für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens in den Ministerien und Staatssekretariaten**

**§ 1**

(1) Die nach § 2 der Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben zu bildenden BfE sind außer mit den erforderlichen Schreib- und Hilfskräften mindestens zu besetzen:

- a) in Betrieben bis zu 500 Beschäftigten mit einem nebenamtlichen Bearbeiter,
- b) in Betrieben mit mehr als 500 bis zu 1000 Beschäftigten mit einem hauptamtlichen Bearbeiter,
- c) in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten auf jedes angefangene 1000 mit einem weiteren Bearbeiter.

(2) Die Besetzung der Stellen für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens in den Ministerien, Staatssekretariaten und Generaldirektionen des Ministeriums für Verkehr ist entsprechend der Beschäftigtenzahl des unterstellten Bereiches mit der Stellenplankommission bei der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle zu vereinbaren.

(3) BfE, die im Bereich einzelner Ministerien und Staatssekretariate bereits als Leit-BfE eingerichtet wurden, sind zu belassen.

**§ 2**

In den BfE sind der Bedeutung des Erfindungs- und Vorschlagswesens entsprechend fachlich und gesellschaftlich qualifizierte Bearbeiter einzusetzen.

**§ 3**

(1) Die BfE unterstehen direkt dem technischen Direktor, wo ein solcher nicht vorhanden ist, dem Werkleiter.

(2) Die Leiter der BfE sind zu allen Entwicklungsbesprechungen und zu den Produktionsberatungen, die Fragen des Erfindungs- und Vorschlagswesens berühren, hinzuzuziehen.

**§ 4**

Die BfE haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. In Zusammenarbeit mit der Kommission für Rationalisierungs- und Erfindungswesen, der Abteilung für Arbeit in den Betrieben und der Betriebssektion der Kammer der Technik:
  - a) Ausarbeitung eines betrieblichen Planes für die planmäßige Entfaltung einer Massenbewegung des Erfindungs- und Vorschlagswesens,

- b) Bildung von Rationalisatoren- und Erfinderbrigaden für die einzelnen Fachgebiete,
- c) Durchführung und Auswertung der öffentlichen Betriebsüberprüfungen.

**2. Im Rahmen des Betriebsbüros:**

- a) Erfassung und Registrierung der in den Protokollen der öffentlichen Betriebsüberprüfungen enthaltenen oder sonst eingehenden Erfindungen und Verbesserungsvorschläge,
- b) Zuleitung der eingegangenen Erfindungen und solcher Verbesserungsvorschläge, die patentfähig erscheinen, an das Amt für Erfindungs- und Patentwesen (Patentamt) zwecks Sicherung der Priorität,
- c) Einreichung der Anträge auf Patentanmeldung im Ausland sowie der Anträge auf Erlangung einer Nutzungsgenehmigung für ausländische, bei dem Patentamt der Deutschen Demokratischen Republik geschützte Erfindungen an die Stellen für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens in den Ministerien oder Staatssekretariaten.

d) Weiterleitung der eingegangenen Erfindungen und Verbesserungsvorschläge an die auf den einzelnen Fachgebieten tätigen Rationalisatoren- und Erfinderbrigaden des Betriebes,

e) Anleitung und Kontrolle der Rationalisatoren- und Erfinderbrigaden bei der gewissenhaften Beurteilung, der möglichen Vervollkommnung und der Einführung von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen sowie Aufstellung von Quartals-einführungsplänen,

f) Auswertung der Stellungnahmen der Rationalisatoren- und Erfinderbrigaden zu den Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen, Popularisierung von Verbesserungsvorschlägen innerhalb des Betriebes,

g) Erstattung des Quartalsberichtes über das Erfindungs- und Vorschlagswesen,

h) Führung einer einheitlichen Sach- und Namenskartei über Erfindungen und Verbesserungsvorschläge.

3. In Zusammenarbeit mit der fachlich zuständigen Rationalisatoren- und Erfinderbrigade: Ermittlung des Nutzens, Bemessung der Vergütung für Erfindungen und Verbesserungsvorschläge sowie der Prämien nach §§ 5 und 6 der Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen im Einvernehmen mit dem Werkleiter.

**§ 5**

Die Stellen für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens bei den Ministerien und Staatssekretariaten haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. Zentrale Lenkung, Anleitung und Kontrolle der BfE, Koordinierung aller Maßnahmen inner-

- halb ihres Bereiches, die für die Entwicklung des Erfindungs- und Vorschlagswesens von Bedeutung sind.
2. Organisierung eines Erfahrungsaustausches bei überbetrieblich nutzbaren Verbesserungsvorschlägen.
  3. Ermittlung des Nutzens und Festsetzung der Gesamtvergütung von solchen Verbesserungsvorschlägen, die über den Rahmen des erstbenutzenden Betriebes hinaus genutzt werden.
  4. Gutachtliche Äußerung zu Anträgen auf Patentanmeldung oder Nutzung von Patenten außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik, die von einer beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen gebildeten Kommission geprüft werden.
  5. Auswertung der Quartalsmeldungen der Betriebe über das Erfindungs- und Vorschlagswesen.
  6. Unterstützung der BfE bei der Einführung überbetrieblich verwendbarer, insbesondere volkswirtschaftlich wertvoller Verbesserungsvorschläge und Erfindungen.
  7. Herausgabe von Quartalseinführungsplänen und Kontrolle ihrer Durchführung.
  8. Unterstützung der unterstellten BfE, die noch keinen Patentbearbeiter haben, bei der Vorprüfung von Patentanmeldungen und solcher Verbesserungsvorschläge, die patentfähig erscheinen.
  9. Organisierung eines Austausches von wissenschaftlicher- und Patentreliteratur, insbesondere zur Versorgung derjenigen BfE, die noch nicht über ein Patentarchiv verfügen.
  10. Ausbildung von Bearbeitern für das Erfindungs- und Vorschlagswesen in Verbindung mit dem Patentamt.

## II.

### Das Einbringen von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen

#### § 6

- (1) Erfindungen und Verbesserungsvorschläge können schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.
- (2) Erfindungen und Verbesserungsvorschläge von Angehörigen volkseigener oder ihnen gleichgestellter Betriebe sind nach Möglichkeit bei dem BfE des eigenen Betriebes einzureichen.
- (3) Andere Personen können Erfindungen und Verbesserungsvorschläge bei jedem BfE einbringen.
- (4) Das Recht des Erfinders, die Erfindung unmittelbar beim Patentamt anzumelden, bleibt unberührt.

## III.

### Die Bearbeitung von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen

#### § 7

- (1) BfE, bei denen eine Erfindung oder ein Verbesserungsvorschlag eingereicht oder zu Protokoll

gegeben wird, haben den Gegenstand der Erfindung oder des Verbesserungsvorschlages sowie den Zeitpunkt des Einbringens in einem Register unter einer laufenden Nummer zu vermerken. Sie sind verpflichtet, den Eingang dem Patentanmelder oder dem Vorschlagenden innerhalb von drei Tagen schriftlich zu bestätigen. Die Bestätigung muß den Namen des Patentanmelders oder des Vorschlagenden, eine kurze wesentliche Kennzeichnung des Gegenstandes und den Tag des Eingangs sowie die Registriernummer enthalten.

(2) Gehen Erfindungen oder Verbesserungsvorschläge ein, die patentfähig erscheinen, so hat das BfE eine Zweitschrift innerhalb von drei Tagen nach Eingang dem Patentamt zwecks Sicherung der Priorität zuzuleiten.

#### § 8

(1) Wirtschaftspatentanmeldungen und Verbesserungsvorschläge, die patentfähig erscheinen, sind vom BfE auf Patentfähigkeit und Nutzbarkeit vorzuprüfen. Das Ergebnis der Vorprüfung einschließlich der Anmeldeunterlagen ist innerhalb von vier Wochen dem Patentamt zur weiteren Bearbeitung zuzuleiten.

(2) Übersendet das Patentamt einem BfE eine bei ihm zum Wirtschaftspatent angemeldete Erfindung zur Vorprüfung, so ist das Ergebnis der Vorprüfung dem Patentamt innerhalb von vier Wochen nach Eingang mitzuteilen.

#### § 9

(1) Wird eine Erfindung oder Verbesserung auf einer Produktionsberatung oder Arbeitsbesprechung vorgeschlagen, so ist der Vorschlag in das Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll gilt als Beweis für die Person des Vorschlagenden und den Zeitpunkt des Einbringens.

(2) Die Eintragung in das Register des BfE hat unverzüglich zu erfolgen. Der Leiter der Besprechung ist für die Weitergabe des Protokolls an das BfE verantwortlich.

#### § 10

Können Erfindungen oder Verbesserungsvorschläge in dem Betrieb, in dem sie eingereicht werden, nicht bearbeitet, ausgewertet oder weiterentwickelt werden, so sind sie unverzüglich an ein fachlich in Betracht kommendes BfE weiterzugeben. Dem Anmelder oder dem Vorschlagenden ist die Weitergabe mitzuteilen.

#### § 11

(1) Über die Annahme oder Ablehnung eines Verbesserungsvorschlages hat das BfE dem Vorschlagenden Mitteilung zu machen. Die Ablehnung ist zu begründen.

(2) Gegen die Ablehnung kann innerhalb eines Monats Beschwerde bei der übergeordneten Stelle für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens in dem zuständigen Ministerium oder Staatssekretariat erhoben werden. Die Beschwerde ist zu begründen. Über die Beschwerde ist nach Anhören des BfE des Betriebes zu entscheiden.

**RESTRICTED**

Gesetzblatt Nr. 21 — Ausgabetag: 17. Februar 1953

297

(3) Wird die Patentfähigkeit einer zum Wirtschaftspatent angemeldeten Erfindung von dem zuständigen BfE verneint und erkennt der Anmelder diese Entscheidung an, so ist die Patentanmeldung, soweit sie sich als Verbesserungsvorschlag eignet, als solcher weiter zu behandeln.

§ 12

Der Leiter des BfE ist verpflichtet, am Ende jeden Monats dem Werkleiter alle eingegangenen Erfindungen und Verbesserungsvorschläge listenmäßig zu benennen und den Umfang ihrer Einführung zusammen mit dem voraussichtlichen Nutzen oder die der Einführung entgegenstehenden Gründe anzugeben.

§ 13

Die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe sind verpflichtet, die Ergebnisse des Erfindungs- und Vorschlagswesens in dem Quartalsbericht für Erfindungen und Verbesserungen zu erfassen und an die übergeordneten Verwaltungsstellen termingebunden weiterzuleiten.

§ 14

Die dem Neuerer auf Grund des § 5 Abs. 4 der Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen auszuhändigende Urkunde muß in würdiger Form die Wertschätzung der Gesellschaft gegenüber unseren Neuerern zum Ausdruck bringen.

§ 15

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1953

Staatliche Plankommission  
Leuschner  
Vorsitzender

**Zweite Durchführungsbestimmung  
zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft.**

Vom 6. Februar 1953

Auf Grund des § 12 der Verordnung vom 6. Februar 1953 über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 293) wird folgendes bestimmt:

I.

**Begriffsbestimmung des Verbesserungsvorschlages**

§ 1

(1) Ein Verbesserungsvorschlag im Sinne der Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen ist jede auf technische Vervollkommnung oder Produktionsrationalisierung oder Verbesserung der Verwaltungstätigkeit gerichtete Darlegung, die bei ihrer Verwirklichung einen wirtschaftlichen oder sonstigen Vorteil für die Volkswirtschaft zu bringen geeignet ist, es sei denn, daß ein Patent angemeldet und erteilt wird.

(2) Die Darlegung muß im Prinzip die Mittel und die Art der Verwirklichung erkennen lassen. Sie kann sowohl eigene Gedanken zum Ausdruck

bringen als auch in der Anregung bestehen, eine bereits bekannte Verbesserung an einer Stelle einzuführen, wo die Verbesserung bisher weder eingeführt noch zur Einführung vorgesehen ist.

§ 2

(1) Eine technische Vervollkommnung ist jede vorteilhafte Änderung oder Neugestaltung eines Produktes, eines Produktionsmittels oder eines Produktionsverfahrens.

(2) Eine Produktionsrationalisierung ist jede Verbesserung, die unmittelbar im Produktionsprozeß eine vorteilhaftere Ausnutzung der technischen Anlagen, Einrichtungen oder Materialien oder einen wirkungsvolleren Einsatz der menschlichen Arbeitskraft ohne wesentliche Änderung des Produktes, des Produktionsmittels oder des Produktionsverfahrens ermöglicht.

(3) Eine Verbesserung der Verwaltungstätigkeit ist jede Maßnahme, die die Organisation oder Arbeitsweise auf dem Gebiet der Betriebsverwaltung oder auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung vorteilhafter gestaltet.

(4) Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiet der Betriebsverwaltung, wie Vorschläge zur Vereinfachung oder Verbesserung der Statistik und des Rechnungswesens, der Versorgung, des Absatzes, sind nicht in Form eines Anteiles am Nutzen, sondern durch Prämien nach Ermessen der fachlich zuständigen Rationalisatoren- und Erfinderbrigaden und des Betriebsleiters aus dem Direktorfonds II zu vergüten.

(5) Die Behandlung von Verbesserungsvorschlägen auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung regelt das Ministerium des Innern.

II.

**Die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen**

1. Vergütung von Verbesserungsvorschlägen

§ 3

Die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen besteht in einer einmaligen Abfindung auf der Grundlage des Nutzens des ersten Nutzungsjahres. Die Vergütung ist aus dem Direktorfonds II nach den hierfür geltenden Vorschriften zu zahlen.

§ 4

(1) Soweit durch die Anwendung von Verbesserungsvorschlägen ein errechenbarer Nutzen entsteht, ist die Vergütung nach der entsprechenden als Anlage II und III beigefügten Vergütungstabelle festzusetzen.

(2) Soweit der Nutzen nicht oder nur schwer erchenbar ist, ist die Vergütung auf der Grundlage des geschätzten Nutzens in Anlehnung an die entsprechende Vergütungstabelle festzusetzen.

(3) Der errechenbare Nutzen ist quartalsmäßig durch statistische Methode im betrieblichen Rechnungswesen zu ermitteln und das Ergebnis in einer besonderen Anlage dem Kontrollbericht beizufügen.

## § 5

(1) Alle Verbesserungsvorschläge sind zunächst vom erstbenutzenden Betrieb zu vergüten. Entsteht der Nutzen überwiegend außerhalb des erstbenutzenden Betriebes, so ist auf Antrag die Vergütungssumme ganz oder teilweise aus dem Zentralen Fonds des für den erstbenutzenden Betrieb zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats zu zahlen.

(2) Verbesserungsvorschläge, die über den erstbenutzenden Betrieb hinaus genutzt werden, sind auf der Grundlage des geschätzten Nutzens für den gesamten Bereich, in dem die Nutzung erfolgt, aus dem Zentralen Fonds des für den erstbenutzenden Betrieb zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats zu vergüten. Der Nutzen des erstbenutzenden Betriebes und die vom erstbenutzenden Betrieb festgesetzte Vergütung bleiben dabei außer Ansatz.

## § 6

(1) Für die Nutzung im erstbenutzenden Betrieb ist die Vergütung bis zur Höhe von 1000,— DM vom erstbenutzenden Betrieb auf Grund des vorkalkulierten Jahresnutzens innerhalb von 30 Tagen nach Nutzungsbeginn zu zahlen.

(2) Ein Rest der Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Ende des ersten Nutzungsjahres auf der Grundlage des wirklich entstandenen Nutzens zu zahlen. Bei einer Nutzungsdauer von weniger als einem Jahr ist der Rest der Vergütung auf der Grundlage des wirklich entstandenen Nutzens innerhalb von 30 Tagen nach Beendigung der Nutzung zu zahlen.

## § 7

Bei Verbesserungsvorschlägen, die in mehr als einem Betrieb genutzt werden, ist die Vergütung für die überbetriebliche Nutzung innerhalb von vier Monaten nach Einleitung des Erfahrungsaustausches von dem zuständigen Ministerium oder Staatssekretariat aus dem Zentralen Fonds zu zahlen.

## § 8

(1) Ist der Verbesserungsvorschlag das Ergebnis einer kollektiven Leistung oder werden mehrere Verbesserungsvorschläge verschiedener Neuerer miteinander verbunden, so haben im Falle der Nutzung alle an dem Vorschlag zur Verbesserung Beteiligten ein Recht auf anteilige Vergütung.

(2) Die Berechtigten können die Vergütung selbst untereinander aufteilen. Sie sind verpflichtet, die Vergütungsanteile der einzelnen Berechtigten dem BfE mitzuteilen.

(3) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Vergütungsanteile entscheidet auf Antrag eines Berechtigten endgültig die Schlichtungsstelle des Betriebes.

## § 9

(1) Gehen auf Grund einer Aufgabenstellung gleichzeitig und unabhängig voneinander mehrere benutzbare Verbesserungsvorschläge ein, die sich ihrem Wert nach nur unwesentlich voneinander unterscheiden, so ist die Vergütung an die Vorschlagenden wie an ein Kollektiv zu leisten.

(2) Überwiegt im Falle des Abs. 1 der Wert eines Verbesserungsvorschlages den der anderen Verbesserungsvorschläge wesentlich, so wird nur dieser vergütet. Den übrigen Vorschlagenden kann als Anerkennung eine Prämie aus dem Direktorfonds II zuerkannt werden.

## § 10

Werden mehrere gleichwertige Verbesserungsvorschläge gleichen Inhalts von mehreren Vorschlagenden bei verschiedenen BfE unabhängig voneinander eingebracht und durch mehrere Betriebe genutzt, so hat das Recht auf Vergütung für die überbetriebliche Nutzung derjenige, dessen Verbesserungsvorschlag als erster bei einem BfE eingegangen ist.

## § 11

(1) Werden bei der baulichen oder technologischen Ausführung von Investitionsvorhaben durch einen Verbesserungsvorschlag echte Einsparungen erzielt, ohne daß gleichzeitig ein Nutzen beim Investitionsträger entsteht, so ist die Vergütung vom BfE des Investitionsträgers im Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank nach den Bestimmungen dieser Verordnung festzusetzen und aus den zurückgefoffenen eingesparten Investitionsgeldern zu zahlen.

(2) Echte Einsparungen im Sinne des Abs. 1 liegen vor, wenn auf dem Gebiete, das durch den Verbesserungsvorschlag betroffen wird, die im Investitions- oder Generalreparaturplan angegebene Kapazität erreicht wird, ohne daß die dafür vorgesehene Plansumme voll in Anspruch genommen worden ist.

## § 12

Die Vergütung nach § 11 ist innerhalb von 30 Tagen nach Fertigstellung des Investitionsvorhabens, bei dem der Verbesserungsvorschlag Anwendung gefunden hat, oder innerhalb von 30 Tagen nach Abrechnung des Jahresplanes von der Deutschen Investitionsbank zu zahlen.

## § 13

(1) Verbesserungsvorschläge der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz werden vergütet, soweit sie eine Leistung darstellen, die über das Maß dessen hinausgeht, wozu Angehörige der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz auf Grund ihres Anstellungsverhältnisses ohnehin verpflichtet sind.

(2) Eine solche Leistung liegt in der Regel vor, wenn die Verbesserungsvorschläge eine Weiterentwicklung bekannter Mittel und Methoden über den jeweiligen Stand der Technik hinaus darstellen.

(3) Verbesserungsvorschläge, die gegenüber verbindlichen Anweisungen oder Plänen der für das betreffende Gebiet zuständigen Stellen eine vorteilhaftere Lösung enthalten und genutzt werden, sind zu vergüten, auch wenn sie bekannte Mittel und Methoden zum Inhalt haben.

## § 14

Selbstverpflichtungen im Rahmen der persönlichen Konten des ingenieurtechnischen Personals, soweit sie durch die Betriebssektion der Kammer der Technik, die Betriebsgewerkschaftsleitung und

die Werkleitung anerkannt worden sind, unterliegen nicht den Einschränkungen des § 13 Absätze 1 und 2.

#### § 15

Verbesserungsvorschläge, die in Treuhandbetrieben oder Verwalterbetrieben im Sinne der Verordnung vom 6. September 1951 über die Verwaltung und den Schutz ausländischen Eigentums in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 839) eingereicht und genutzt werden, sind aus dem zu versteuernden Reingewinn oder aus dem Sozialfonds der Betriebe zu vergüten. Die Höhe der Vergütung ist nach den Bestimmungen dieser Verordnung festzusetzen.

#### 2. Die Vergütung von Erfindungen

#### § 16

Die Vergütung von durch Patent geschützten Erfindungen ist an den Patentinhaber zu zahlen.

#### § 17

(1) Durch Patent geschützte Erfindungen können in Form einer Abfindung oder in Form von laufenden Zahlungen vergütet werden.

(2) Abfindungen haben nach den vollen Vergütungssätzen der als Anlage I beigefügten Vergütungstabelle zu erfolgen.

(3) Bei laufenden Zahlungen ist die Vergütung jährlich auf der Grundlage des jeweiligen Jahresnutzens wie bei einer Abfindung festzusetzen und ein Sechstel dieses Vergütungsbetrages bis zur Beendigung der Nutzung, höchstens jedoch für die Dauer des Patentschutzes, zu zahlen.

#### § 18

(1) Übertrifft nach Zahlung einer Abfindung der Nutzungswert einer Erfindung wesentlich die der Bemessung der Abfindung zugrunde gelegten Berechnungen, so hat nach Ablauf von drei Jahren seit Nutzungsbeginn das zuständige Ministerium oder Staatssekretariat einen Antrag auf weitere Vergütung bei der Wirtschaftsabteilung des Patentamtes zu stellen.

(2) Die Wirtschaftsabteilung des Patentamtes kann entsprechend § 2 Abs. 3 des Patentgesetzes für die Deutsche Demokratische Republik vom 6. September 1950 (GBl. S. 989) dem Patentinhaber, der die Abfindung erhalten hat, eine weitere Vergütung zuerkennen. Bei Bemessung dieser Vergütung ist von dem Jahresnutzen auszugehen, der für den Patentinhaber innerhalb der drei ersten Nutzungsjahre der günstigste ist.

(3) Das beantragende Ministerium oder Staatssekretariat bestimmt im Einvernehmen mit der Wirtschaftsabteilung des Patentamtes, welche Stelle die weitere Vergütung zu zahlen hat.

#### § 19

(1) Soweit durch die Anwendung der durch Patent geschützten Erfindungen ein errechenbarer Nutzen entsteht, ist die Vergütung nach der als Anlage I beigefügten Vergütungstabelle zu bemessen und mit dem Patentinhaber zu vereinbaren.

(2) Ist der Nutzen nicht oder nur schwer zu errechnen, so ist die Vergütung auf der Grundlage des geschätzten Nutzens in Anlehnung an die als Anlage I beigefügte Vergütungstabelle zwischen dem erstbenutzenden Betrieb bzw. dem zuständigen Ministerium oder Staatssekretariat und dem Patentinhaber zu vereinbaren.

(3) Der errechenbare Nutzen ist quartalsmäßig durch statistische Methode im betrieblichen Rechnungswesen zu ermitteln und das Ergebnis in einer besonderen Anlage dem Kontrollbericht beizufügen.

#### § 20

(1) Kann bei durch Patent geschützten Erfindungen, die zur Herstellung neuer Produkte führen, der Nutzen nicht ermittelt werden, so ist der Umsatz als Berechnungsgrundlage mit heranzuziehen.

(2) Bei der Errechnung der Vergütung ist von einem prozentualen Vergütungsbetrag für das einzelne Stück auszugehen und dieser mit der jeweils geplanten Jahresproduktion zu multiplizieren. Der sich daraus ergebende Betrag ist als Pauschalbetrag mit dem Patentinhaber zu vereinbaren.

(3) Als Vergütungsbetrag im Sinne des Abs. 1 sind, entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Erfindung, 0,1 bis 3% des Werkabgabepreises des Produktes oder des einzelnen Teiles, in welchem die Erfindung unmittelbar enthalten ist, in Ansatz zu bringen.

(4) Im Einzelfall, insbesondere wenn der Preis des Produktes gegenüber den Vorteilen, die es auf Grund der Erfindung besitzt, unverhältnismäßig niedrig ist, können bis zu 6% des Werkabgabepreises des Produktes oder des einzelnen Teiles, in welchem die Erfindung unmittelbar enthalten ist, der Errechnung der Vergütung zugrunde gelegt werden.

(5) Der nach dem Umsatz des jeweiligen Nutzungsjahres errechnete Pauschalbetrag ist laufend bis zur Beendigung der Nutzung, jedoch höchstens für die Dauer des Patentschutzes, zu zahlen.

(6) Soweit im Falle des Abs. 1 eine Abfindung verlangt wird, ist die Vergütung entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Erfindung mit dem Patentinhaber frei zu vereinbaren.

#### § 21

(1) Durch Patent geschützte Erfindungen sind vom erstbenutzenden Betrieb aus dem Direktorfonds II zu vergüten, wenn eine Nutzung ausschließlich im erstbenutzenden Betrieb vorgesehen ist. Soweit der Nutzen überwiegend außerhalb des erstbenutzenden Betriebes entsteht, ist auf Antrag die Vergütungssumme ganz oder teilweise aus dem Zentralen Fonds des für den erstbenutzenden Betrieb zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats zu zahlen.

(2) Werden durch Patent geschützte Erfindungen von mehreren Betrieben innerhalb eines Ministeriums oder Staatssekretariats genutzt, so ist die Vergütung von diesem Ministerium oder Staatssekretariat für die gesamte Nutzung innerhalb

seines Bereiches zu bemessen und mit dem Patentinhaber zu vereinbaren. Die Vergütung ist aus dem Zentralen Fonds zu zahlen.

(3) Werden durch Patent geschützte Erfindungen von mehreren Betrieben im Bereich mehrerer Ministerien oder Staatssekretariate genutzt, so ist die Vergütung von demjenigen Ministerium oder Staatssekretariat, in dessen Bereich der erstbenutzende Betrieb liegt, für den gesamten Bereich der Nutzung zu bemessen und mit dem Patentinhaber zu vereinbaren.

(4) Die Vergütung nach Abs. 3 ist aus dem Zentralen Fonds jedes beteiligten Ministeriums oder Staatssekretariats entsprechend dem Umfang seiner Nutzung zu leisten. Kommt eine Einigung über die Höhe der zu zahlenden Anteile zwischen den nutzenden Ministerien oder Staatssekretariaten nicht zustande, so entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten die Wirtschaftsabteilung des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen (Patentamt).

#### § 22

Kommt bei Wirtschaftspatenten und Ausschließungspatenten, die mit Zustimmung des Patentinhabers in der volkseigenen Wirtschaft genutzt werden, eine Vereinbarung über die Höhe der Vergütung zwischen den Parteien nicht zustande, so entscheidet gemäß § 50 des Patentgesetzes die Schlichtungsstelle des Patentamtes.

#### § 23

Ist die Vergütung von durch Patent geschützten Erfindungen auf der Grundlage des geschätzten Nutzens festgesetzt oder wird eine durch Patent geschützte Erfindung in mehreren Betrieben genutzt, so ist die Vergütung durch die Wirtschaftsabteilung des Patentamtes zu bestätigen.

### 3. Gemeinsame Bestimmungen

#### § 24

(1) Entwicklungs- und Realisierungskosten sind beim Bemessen der Vergütung grundsätzlich vom Jahresnutzen nicht in Abzug zu bringen.

(2) Aufwendungen für die Entwicklung einer in der volkseigenen Industrie genutzten und durch Wirtschaftspatent geschützten Erfindung oder eines Verbesserungsvorschlages, die dem Patentinhaber oder Neuerer nachweislich entstanden sind, werden aus dem Direktorfonds II ganz oder teilweise erstattet.

#### § 25

Neuerer oder Erfinder können außer mit der Vergütung nach den Bestimmungen dieser Verordnung zusätzlich mit allen anderen Ehrungen, wie z. B. dem Ehrentitel „Held der Arbeit“, „Verdienter Aktivist“ und „Verdienter Erfinder“, nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen ausgezeichnet werden.

#### § 26

(1) Für Erfindungen und Verbesserungsvorschläge, die neue Industriezweige entstehen lassen oder die Herstellung neuer Arten von wertvollen Stoffen, von Austauschstoffen für Buntmetalle, von Maschinen oder Erzeugnissen ermöglichen, die vorher in der Deutschen Demokratischen Republik nicht

oder nicht in der entsprechenden Qualität hergestellt wurden, kann die Vergütung durch den zuständigen Minister oder Staatssekretär unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Erfindung oder des Verbesserungsvorschlages nach freiem Ermessen bis zum Dreifachen des sich sonst aus den Bestimmungen dieser Verordnung ergebenden Betrages erhöht werden.

(2) Das gleiche gilt für Erfindungen und Verbesserungsvorschläge, deren wissenschaftliche, soziale oder kulturelle Bedeutung gegenüber dem effektiven Nutzen unverhältnismäßig groß ist.

#### § 27

Die Vergütung für Erfindungen und Verbesserungsvorschläge, die vom Werkleiter oder einem seiner Stellvertreter eingebracht werden, bedarf der Genehmigung durch das zuständige Ministerium oder Staatssekretariat.

#### § 28

Eine bereits gezahlte Vergütung kann nicht zurückgefordert werden, es sei denn, daß sie durch eine strafbare Handlung erlangt wurde.

### III.

#### Prämien für die Mitwirkung bei der Einführung von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen

#### § 29

(1) Für die Mitwirkung bei der Einführung von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen können Prämien bis zu 20 % der dem Neuerer oder Erfinder geleisteten Vergütungssumme gezahlt werden, wenn der Einführung besonders große Schwierigkeiten entgegenstanden, die durch hervorragende persönliche und fachliche Leistungen überwunden wurden.

(2) Hauptamtlich eingesetzte Realisatoren und Bearbeiter des BfE sind von der Prämie ausgeschlossen. Sie sind in den Kreis der Prämienberechtigten nach der Verordnung vom 21. Juni 1951 über die Prämienzahlung für das ingenieurtechnische Personal einschließlich der Meister und für das kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBI. S. 625) einzu beziehen.

#### § 30

(1) Die Prämienzahlung nach § 29 Abs. 1 erfolgt vierteljährlich. Die Prämie ist durch das BfE in Verbindung mit der fachlich zuständigen Rationalisatoren- und Erfinderbrigade vorzuschlagen und vom Werkleiter zu genehmigen.

(2) Die Prämie ist nicht von der Vergütung abzuziehen, sondern zusätzlich aus dem Direktorfonds II zu zahlen.

### IV.

#### Inkrafttreten

#### § 31

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1953

Staatliche Plankommission

Leuschner  
Vorsitzender

**Anlage I**  
zu vorstehender  
Zweiter Durchführungsbestimmung

**Vergütungstabelle für Patente**  
(Vergütungsbetrag für einmalige Abfindungen)

Nutzen	Vergütung
bis 1 000,— DM	30 %, mindestens jedoch 100,— DM
von 1 001,— „ bis 5 000,— DM	15 % + 145,— „
„ 5 001,— „ „ 10 000,— „	12 % + 300,— „
„ 10 001,— „ „ 50 000,— „	10 % + 510,— „
„ 50 001,— „ „ 100 000,— „	8 % + 2 550,— „
„ 100 001,— „ „ 250 000,— „	5 % + 3 600,— „
„ 250 001,— „ „ 500 000,— „	4 % + 6 150,— „
„ 500 001,— „ „ 1 000 000,— „	3 % + 11 200,— „
mehr als 1 000 000,— „	2 % + 21 300,— „

**Anlage II**  
zu vorstehender  
Zweiter Durchführungsbestimmung

**Vergütungstabelle für technische Vervollkommnungen**

Nutzen	Vergütung
bis 1 000,— DM	25 %, mindestens jedoch 30,— DM
von 1 001,— „ bis 5 000,— DM	12 % + 130,— „
„ 5 001,— „ „ 10 000,— „	8 % + 330,— „
„ 10 001,— „ „ 50 000,— „	5 % + 650,— „
„ 50 001,— „ „ 100 000,— „	3 % + 1 700,— „
„ 100 001,— „ „ 250 000,— „	2,5 % + 2 250,— „
„ 250 001,— „ „ 500 000,— „	2 % + 3 500,— „
„ 500 001,— „ „ 1 000 000,— „	1,5 % + 6 000,— „
mehr als 1 000 000,— „	1 % + 11 000,— „
jedoch höchstens 20 000,— „	

**Anlage III**  
zu vorstehender  
Zweiter Durchführungsbestimmung

**Vergütungstabelle für Produktionsrationalisierungen**

Nutzen	Vergütung
bis 1 000,— DM	12,5 %, mindestens jedoch 20,— DM
von 1 001,— „ bis 5 000,— DM	6 % + 65,— „
„ 5 001,— „ „ 10 000,— „	4 % + 170,— „
„ 10 001,— „ „ 50 000,— „	2,5 % + 350,— „
„ 50 001,— „ „ 100 000,— „	1,5 % + 800,— „
„ 100 001,— „ „ 250 000,— „	1,25 % + 1 120,— „
„ 250 001,— „ „ 500 000,— „	1 % + 1 800,— „
„ 500 001,— „ „ 1 000 000,— „	0,75 % + 3 100,— „
mehr als 1 000 000,— „	0,5 % + 5 000,— „
jedoch höchstens 15 000,— „	

**Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft. — Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen — Vom 6. Februar 1953**

Auf Grund des § 12 der Verordnung vom 6. Februar 1953 über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 293) wird folgendes bestimmt:

**§ 1**

(1) Die nach § 8 der Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft zu bildenden Schlichtungsstellen in den Betrieben setzen sich zusammen aus je einem Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung, der Kommission für Rationalisierungs- und Erfindungswesen und der Abteilung für Arbeit des Betriebes.

(2) Die nach § 8 der Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft zu bildenden Schlichtungsstellen in den Ministerien und Staatssekretariaten setzen sich zusammen aus je einem Vertreter der Stellen für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens in den Ministerien und Staatssekretariaten und zwei Vertretern des Zentralvorstandes der zuständigen Industriegewerkschaft.

**§ 2**

(1) Ist der Neuerer mit der Art der Berechnung oder mit der Höhe der Vergütung nicht einverstanden, so kann er innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe der Vergütung eine erneute Festsetzung der Vergütung beantragen, und zwar

- a) soweit die Vergütung aus dem Direktorfonds II des erstbenutzenden Betriebes zu zahlen ist, bei der Schlichtungsstelle des erstbenutzenden Betriebes,
- b) soweit die Vergütung aus dem Zentralen Fonds des zuständigen Ministeriums oder Staatssekretariats zu zahlen ist, bei der Schlichtungsstelle des betreffenden Ministeriums oder Staatssekretariats.

(2) Der Antrag auf erneute Festsetzung der Vergütung ist schriftlich zu begründen.

(3) Die angerufene Schlichtungsstelle setzt, nachdem jedem der Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben war, in Verbindung mit dem Betriebsleiter bzw. dem zuständigen Minister oder Staatssekretär erneut und endgültig die Vergütung fest.

**§ 3**

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1953

Staatliche Plankommission  
Leuschner  
Vorsitzender

**Verordnung  
über den Amateurfunk.  
Vom 6. Februar 1953**

In der Erkenntnis, daß das Funkwesen beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus entscheidenden Anteil hat, muß die Entwicklung auf den Gebieten der Funktechnik und des Funkbetriebes auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Der Amateurfunk eröffnet vor allem unserer Jugend die Möglichkeit, sich auf dem Gebiete des Funkwesens zu spezialisieren. Hierzu wird für die Betätigung von Funkamateuren in der Deutschen Demokratischen Republik folgendes verordnet:

**§ 1**

(1) Der Amateurfunk dient der eigenen Aus- und Fortbildung von Funkamateuren und der technischen Weiterentwicklung auf dem Gebiete des Funkwesens. Der Amateurfunk umfaßt den Betrieb von Amateurfunkstellen mit Sende- und Empfangsanlagen.

(2) Der Funkamateur befaßt sich aus funktechnischem Interesse zum gesellschaftlichen Nutzen mit dem Bau von Funkanlagen und mit der Durchführung des Funkbetriebes. Unmittelbarer persönlicher wirtschaftlicher Gewinn darf aus diesem Funkbetrieb nicht erzielt werden.

(3) Eine Amateurfunkstelle ist eine von einem oder mehreren Funkamateuren im technischen Aufbau selbsterrichtete und selbstbetriebene Funk-, Sende- und Empfangsstelle im Sinne der Verordnung.

(4) Die organisatorische Zusammenfassung und Betreuung der Funkamateure obliegt allein der Gesellschaft für Sport und Technik.

**§ 2**

(1) Die Befugnis zum Besitz von Funksendern oder wesentlichen Teilen davon sowie zum Errichten und zum Betrieb einer Amateurfunkstelle bedarf einer Genehmigung.

(2) Für die Mitbenutzung einer für einen Amateurfunker bereits genehmigten Amateurfunkstelle bedarf es einer besonderen Genehmigung.

(3) Erst die erteilte Genehmigung berechtigt den Funkamateur zum Errichten und zum Betrieb der in der Genehmigungsurkunde bezeichneten Sender, Frequenzmesser, Empfänger und Antennen-Anlagen sowie zur Wahrnehmung des Funkbetriebes bzw. zur Mitbenutzung einer zugelassenen Amateurfunkstelle im Rahmen der Auflagebedingungen der Genehmigungsurkunde. Die Auflagen zum Errichten und zum Betrieb einer Amateurfunkstelle sind für den Inhaber einer Genehmigung für die Mitbenutzung bindend.

**§ 3**

(1) Anträge auf Erteilung von Genehmigungen sind bei der Gesellschaft für Sport und Technik einzureichen.

(2) Eine Genehmigung kann auf Vorschlag der Gesellschaft für Sport und Technik beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beantragt werden, wenn der Antragsteller

- a) Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ist,
- b) Mitglied der Gesellschaft für Sport und Technik ist,

- c) ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegt, das keinen Anlaß zu Beanstandungen gibt,
- d) die Gewähr dafür bietet, den an einen Funkamateur zu stellenden Bedingungen zu genügen und
- e) einer fachlichen Überprüfung in der Funktechnik und im Funkbetrieb genügt hat.

(3) Genehmigungen werden durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen in Form von Genehmigungsurkunden erteilt.

**§ 4**

(1) Eine Genehmigung wird für den Funkamateur unter der Auflage erteilt, daß die Amateurfunkstelle nur auf einem bestimmten Grundstück zu betreiben ist. Es ist sicherzustellen, daß jede Benutzung der Amateurfunkstelle durch Unbefugte ausgeschlossen ist. Jede technische Einrichtung der Amateurfunkstelle ist in der Genehmigungsurkunde aufzuführen. Die Amateurfunkstelle muß der Kennzeichnung in der Genehmigungsurkunde entsprechen und nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik errichtet sein und erhalten werden sowie nach den für das Funkwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen betrieben werden. Der Betrieb von Amateurfunkstellen darf Fernmeldedienste, die öffentlichen Zwecken dienen, nicht stören.

(2) Änderungen an zugelassenen Amateurfunkstellen dürfen nur mit Genehmigung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vorgenommen werden.

(3) Die Genehmigung ist nicht übertragbar und kann vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen jederzeit widerrufen werden, wenn der Funkamateur gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt oder wenn die Voraussetzungen ihrer Erteilung nicht mehr gegeben sind.

(4) Eine Genehmigung erlischt, wenn

- a) der Genehmigungsinhaber verzichtet,
- b) der Genehmigungsinhaber seine Amateurfähigkeit nicht ständig ausübt,
- c) der Genehmigungsinhaber seinen Wohnsitz nicht mehr in der Deutschen Demokratischen Republik hat oder
- d) die Voraussetzungen für die Genehmigung nicht mehr gegeben sind.

**§ 5**

(1) Für die Genehmigung wird eine einmalige Gebühr erhoben. Der Funkamateur muß für die Amateurfunkstelle im Besitz einer Rundfunkgenehmigung sein.

(2) Die fachliche Überprüfung ist gebührenpflichtig; die Höhe der Gebühren wird vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen festgesetzt.

#### § 6

(1) Amateurfunkstellen unterliegen der Kontrolle auf Einhaltung der Genehmigungsbedingungen. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen hat diese verantwortlich durchzuführen.

(2) Den mit besonderen Ausweisen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ausgestatteten Beauftragten ist das Betreten von Grundstücken, auf denen Amateurfunkstellen betrieben werden, jederzeit zu gestatten; den Genannten ist die Genehmigungsurkunde vorzuzeigen, Einblick in die Betriebsunterlagen zu gewähren und jede Auskunft über die Funkstelle und ihren Betrieb zu erteilen.

#### § 7

(1) Die Übermittlung von Funknachrichten im Amateurfunkverkehr darf nur in offener Sprache abgewickelt werden und hat sich auf technische und betriebliche Mitteilungen über die Versuche selbst im Rahmen der üblichen Verkehrsformen zu beschränken.

Für die Übermittlung schriftlicher Nachrichten über Empfangsbestätigungen (QSL-Karten) gelten die gleichen Bestimmungen.

Diese Bestimmungen können im Einzelfall durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen erweitert werden.

(2) Die Benutzung des Amateurfunkverkehrs für den Austausch von Nachrichten, die von dritten Personen ausgehen oder für Dritte bestimmt sind, ist verboten.

#### § 8

(1) Werden durch einen Funkamateurler Nachrichten empfangen, die von einer öffentlichen Zwecken dienenden Fernmeldeanlage ausgehen und nicht für ihn bestimmt sind, so dürfen der Inhalt der Nachrichten sowie die Tatsache ihres Empfanges nicht an anderen zur Kenntnis gebracht werden.

(2) Ausgenommen sind:

- a) Notrufe,
- b) Nachrichten, die nach den geltenden Gesetzen anzeigepflichtig sind,
- c) Funkstörungen und Verstöße gegen die Bestimmungen des Funkdienstes.

#### § 9

Alle vorhandenen, für den Amateurfunk geeigneten Funksender oder wesentliche Teile derselben sind von ihren Besitzern innerhalb sechs Wochen nach Verkündung dieser Verordnung dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zu melden, sofern nicht von ihnen innerhalb dieses Zeitraumes die Erteilung auf eine Genehmigung zum Errichten und zum Betrieb einer Amateurfunkstelle beantragt worden ist.

#### § 10

Durchführungsbestimmungen erläßt das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen.

#### § 11

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1953

Die Regierung  
der Deutschen Demokratischen Republik

Der Ministerpräsident	Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
Grotewohl	I. V.: Dr. Schröder
	Staatssekretär

#### Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Amateurfunk (Amateurfunkverordnung).

Vom 6. Februar 1953

Auf Grund des § 10 der Verordnung vom 6. Februar 1953 über den Amateurfunk (GBl. S. 302) wird im Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien folgendes bestimmt:

#### I. Genehmigungsverfahren (§§ 2, 3 und 4 der Verordnung)

##### § 1

#### Übungen zum Erwerb betrieblicher Fertigkeiten als Vorbereitung auf die fachliche Überprüfung

(1) Zur Erlernung des Morsens und der Sprechmethodik für Amateurfunkbewerber können von Mitgliedern der Gesellschaft für Sport und Technik nach den fernmeldegesetzlichen Bestimmungen genehmigungsfreie — drahtgebundene — Fernmeldeanlagen mit Morsegeräten, Mikrofonen und Telefonen betrieben werden. Die Modulationsfrequenz beim Morsebetrieb hat zwischen 450 und 1350 Hz zu liegen (800 Hz soll bevorzugt werden).

(2) Übungen zum Erlernen des Selbstbaues von Sendern und Frequenzmessern sind den Mitgliedern der Gesellschaft für Sport und Technik nur in zugelassenen Amateurfunkstellen gestattet. Die Übungen haben sich auf den Bau von Einzelteilen zu erstrecken. Sollen betriebsbereite Sender hergestellt werden, so bedarf es dafür einer besonderen Auflage, die in der vorhandenen Genehmigungsurkunde eingetragen wird.

Die Inhaber von Genehmigungen zum Errichten und zum Betrieb solcher Amateurfunkstellen tragen dafür die Verantwortung, daß bei diesen Übungen nicht gegen die Vorschriften der Verordnung und ihrer Durchführungsbestimmungen verstoßen wird.

##### § 2

#### Verfahren für die fachliche Überprüfung

(1) Anträge auf Zulassung zu der fachlichen Überprüfung sind an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik zu richten, der den Ort der Überprüfung bestimmt.

Wird die Überprüfung auf Wunsch des Antragstellers an einem anderen Ort abgehalten, so hat er die Kosten für die Entsendung der Mitglieder des Ausschusses für die Überprüfung zu erstatten.

(2) Der Ausschuss für die Überprüfung besteht aus einem Beauftragten der für den Ort der Überprüfung zuständigen Bezirksdirektion für Post- und

Fernmeldewesen und aus drei Sachverständigen der Gesellschaft für Sport und Technik, von denen mindestens zwei zugelassene Funkamateure sein müssen. Die Entscheidung darüber, ob die gezeigten fachlichen Kenntnisse für die Erteilung einer Genehmigung ausreichend sind, muß einstimmig getroffen werden.

Reichen die Kenntnisse nicht aus, so kann die Überprüfung teilweise oder ganz zu einem festgelegten Termin wiederholt werden.

(3) Für den Erwerb einer Genehmigung zum Errichten und zum Betrieb einer Amateurfunkstelle müssen folgende Mindestkenntnisse nachgewiesen werden:

#### A. Allgemeines

- a) Allgemeine Grundlagen der Elektrotechnik,
- b) allgemeine Vorgänge der Hochfrequenztechnik.

#### B. Fertigkeiten im Aufbau und Schalten von Geräten

##### C. Sendertechnik

- a) Wirkungsweise der Elektronenröhre als Schwingungserzeuger,
- b) Schaltung und Aufbau von Oszillatoren und Sendern aller Frequenzbereiche,
- c) Bedingungen für Übertragungsgüte sowie Frequenzkonstanz eines Senders, Eigensteuerung, Kristallsteuerung und Fernsteuerung,
- d) Sendearten, Einrichtungen zur Erzeugung der Modulationsfrequenz,
- e) technische Maßnahmen zur Vermeidung von Störungen der Funkdienste,
- f) Leistungs- und Frequenzmessung, Handhabung von Frequenzmessern,
- g) Sendeantennen und deren Erregung,
- h) Stromversorgung für Sender.

##### D. Empfangstechnik

- a) Wirkungsweise der Elektronenröhre als Gleichrichter, Regelröhre und Verstärker,
- b) Wesentliches an Empfänger- und Verstärkerschaltungen,
- c) Beurteilung der Übertragungsgüte und der Signalstärke,
- d) Empfangsantennen.

##### E. Betriebstechnik

- a) Morsen (Geben und Aufnehmen von 60 Zeichen in der Minute, wobei ein Text mit 180 Zeichen zu benutzen ist, der etwa zu  $\frac{2}{3}$  aus offener deutscher Sprache, untermischt mit fünf Zifferngruppen, und zu etwa  $\frac{1}{3}$  aus Gruppen des internationalen Q-Schlüssels besteht),
- b) Fernsprechen (Abgabe und Aufnahme eines Textes mit 30 Wörtern, darunter mehrere Q-Gruppen),
- c) internationale Abwicklung des Amateurfunkverkehrs, Betriebsregeln,
- d) Q-Schlüssel, soweit dessen Kenntnis zur Durchführung des Amateurfunkverkehrs notwendig ist,

- e) Abkürzungen und ihre Ursprungsbedeutung,
- f) Tagebuchführung und Empfangsbestätigungen (QSL-Karten).

#### F. Gesetzliche und sonstige Bestimmungen

- a) Gesetzliche Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik über das Fernmeldewesen,
- b) internationale Bestimmungen über den Amateurfunk.

(4) Für den Erwerb einer Genehmigung auf Mitbenutzung einer Amateurfunkstelle können, wenn sich der Bewerber einer vollen Überprüfung nach Abs. 3 nicht unterziehen will, die Anforderungen eingeschränkt werden. An Stelle der in Abs. 3 unter Buchstaben B bis D nachzuweisenden Kenntnisse genügen Kenntnisse über

- a) grundsätzliche Arbeitsweise von Sendern, Frequenzmessern und Empfängern,
- b) Leistungs- und Frequenzmessung, Handhabung von Frequenzmessern.

#### § 3

##### Anträge auf Erteilung von Genehmigungen

(1) Den Anträgen, die bei der Gesellschaft für Sport und Technik einzureichen sind, müssen folgende Nachweise entsprechend den im § 3 der Verordnung unter Abs. 2 Buchstaben a, b c und e aufgeführten Bedingungen beigelegt sein:

- a) ein von der Volkspolizei ausgestellter Nachweis über den ständigen Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik und über die deutsche Staatsangehörigkeit,
- b) ein von der Gesellschaft für Sport und Technik ausgestellter Nachweis über die Mitgliedschaft in dieser Gesellschaft,
- c) ein polizeiliches Führungszeugnis,
- d) die Bescheinigung über die fachliche Überprüfung,
- e) die Unterlagen über die zu errichtende Amateurfunkstelle:
  1. der Aufstellungsort,
  2. die Zahl der zuzulassenden Sender,
  3. die Art ihrer Schaltung,
  4. die Anodenverlustleistung der Röhren in den Senderendstufen,
  5. die Zahl und die Schaltungsart der zugehörigen Frequenzmesser,
  6. die Antennenarten.

(2) Hinsichtlich der Bedingungen des § 3 der Verordnung unter Abs. 2 Buchst. d sind entsprechende Beurteilungen über den Antragsteller durch die Gesellschaft für Sport und Technik einzuholen.

(3) Bei Minderjährigen muß die schriftliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters beigebracht werden.

(4) Bei Anträgen zur Erteilung einer Genehmigung auf Mitbenutzung ist die schriftliche Einwilligung des Besitzers der mitzubeneutzenden Amateurfunkstelle erforderlich.

(5) Die Gesellschaft für Sport und Technik überprüft die eingegangenen Anträge und schlägt die geeignet erscheinenden Bewerber dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zur Erteilung von Genehmigungen unter Beifügung der zugehörigen Unterlagen (Absätze 1 bis 4) vor.

(6) Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen trifft die Entscheidung, ob eine Genehmigung zum Errichten und zum Betrieb bzw. auf Mitbenutzung einer Amateurfunkstelle an den Antragsteller erteilt wird.

Im Falle der Ablehnung verständigt das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen die Gesellschaft für Sport und Technik unter Angabe der Gründe.

Bestehen keine Bedenken, so stellt das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen die Genehmigungsurkunde aus und übersendet sie dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik.

Nach der Aushändigung der Genehmigungsurkunde (außer der auf Mitbenutzung) ist der Funkamateur berechtigt, seine Funkstelle entsprechend den gegebenen Auflagen zu errichten. Die errichtete Funkstelle ist der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen zur Abnahme zu melden. Erst nach erfolgter Abnahme, die auf der Genehmigungsurkunde vermerkt wird, darf der Funkamateur den Funkverkehr aufnehmen.

#### § 4

##### Arten der Genehmigungen

(1) Für das Errichten und den Betrieb von Amateurfunkstellen werden zwei Klassen von Genehmigungsurkunden nach dem Muster der Anlage 1 ausgestellt:

a) die Genehmigungsurkunde der Klasse 1 über Röhrensender mit einer gesamten Anodenverlustleistung in der Endstufe bis zu 50 W und für folgende Frequenzbereiche und Sendarten:

3 500 bis 3 800 kHz	.....	A 1 bis A 3
7 000 " 7 100 "	.....	A 1 " A 3
14 000 " 14 350 "	.....	A 1 " A 3
21 000 " 21 450 "	.....	A 1 " A 3
28 000 " 29 700 "	.....	A 1 " A 3, F 3
144 " 146 MHz.	.....	A 1 " A 3, F 1 " F 3
1 215 " 1 300 "	.....	A 3, A 3a, A 5, F 3,

b) die Genehmigungsurkunde der Klasse 2 über Röhrensender mit einer gesamten Anodenverlustleistung in der Endstufe bis zu 20 W und für folgende Frequenzbereiche und Sendarten:

3 500 bis 3 800 kHz	.....	A 1 und A 2
7 000 " 7 100 "	.....	A 1 " A 2
14 000 " 14 350 "	.....	A 1 " A 2
21 000 " 21 450 "	.....	A 1 " A 2
28 000 " 29 700 "	.....	A 1 " A 2
144 " 146 MHz.	.....	A 1 " A 2, F 1 bis F 3.

Die Zahl und Art der Empfangsgeräte sowie die Zahl der Antennen ist freigestellt. Doch dürfen die Empfangsgeräte nur am Ort der Amateurfunkstelle betrieben werden.

(2) Die Genehmigungsurkunde der Klasse 1 wird erst dann erteilt, wenn der Antragsteller mindestens ein Jahr lang Inhaber der Genehmigungsurkunde der Klasse 2 ist und mit Erfolg als Funkamateur tätig war.

In bestimmten Fällen kann von dieser Bestimmung Abstand genommen werden, wenn der Antragsteller nachweist, daß er die Bedingungen zum Erwerb der Genehmigungsurkunde der Klasse 1 erfüllt. Hierüber entscheidet von Fall zu Fall das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen.

(3) Für die Mitbenutzung von Amateurfunkstellen werden zwei entsprechende Klassen von Genehmigungsurkunden nach dem Muster der Anlage 2 ausgestellt. Für die Ausstellung der Genehmigungsurkunde gelten die Bestimmungen unter Abs. 2 sinngemäß.

#### § 5

##### Änderungen der Genehmigung

(1) Zeitweilige Standortänderungen von Amateurfunkstellen können auf Vorschlag der Gesellschaft für Sport und Technik vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen genehmigt werden.

(2) Für technische Änderungen innerhalb der Amateurfunkstelle, die über die Auflagen in der Genehmigungsurkunde hinausgehen (z. B. Errichtung eines weiteren Senders, Erhöhung der festgelegten Leistungen, Veränderung der Senderschaltungen und der Antennenarten) muß vorher die Genehmigung der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen über die Gesellschaft für Sport und Technik eingeholt werden.

Der Inhaber einer Amateurfunkstelle muß die in der Kennzeichnung der Genehmigungsurkunde eingetragenen Sender und Frequenzmesser jederzeit nachweisen können. Für die Abgabe derartiger Geräte bedarf es einer besonderen Genehmigung durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen.

(3) Verzieht ein Funkamateur, so hat er die Genehmigung zur Verlegung seiner Amateurfunkstelle vorher bei der bisher zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen über die Gesellschaft für Sport und Technik zu beantragen. Die Genehmigung der Verlegung wird in die Genehmigungsurkunde eingetragen.

(4) Die Auflagen in der Genehmigungsurkunde können vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen jederzeit geändert werden; der Inhaber der Genehmigung ist verpflichtet, allen Änderungen sofort nachzukommen und die hierbei entstehenden Kosten zu tragen.

#### II. Technische Bedingungen für Amateurfunkstellen (§§ 4 und 6 der Verordnung)

##### § 6

##### Sende- und Empfangsrichtungen

(1) Die Sender, Empfänger und Frequenzmesser müssen in ihrem Aufbau den jeweils gültigen Be-

stimmungen des Vorschriftenwerkes Deutscher Elektrotechniker (VDE-Bestimmungen) entsprechen.

(2) Die Sender müssen mit Quarzen oder geeichten Frequenz-Kontrolleinrichtungen ausgerüstet sein. Für die Anodenspeisung der Sender darf nur reiner Gleichstrom oder gleichgerichteter und gut gefilterter Wechselstrom verwendet werden.

Die Steuerleistung darf 5 W nicht übersteigen. Es muß möglich sein, die Leistung der Sender herabzusetzen.

(3) Für die Höchstwerte der Feldstärken von Harmonischen der Arbeitsfrequenzen und von Nebenfrequenzen sowie für sonstige Störeinträge auf Funkverbindungen, die für öffentliche Zwecke bestimmt sind, gelten die Vorschriften der Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. August 1952 zur Verordnung über Hochfrequenzanlagen (GBl. S. 809).

#### § 7

##### Antennen, Verbindungs- und Erd-Leitungsnetz

(1) Für die Bauausführung der Antennen, der Verbindungs- und Erdleitungen sind die jeweils gültigen VDE-Bestimmungen sowie die baupolizeilichen Vorschriften zu beachten.

(2) Eine etwa erforderliche Zustimmung Dritter zum Errichten von Antennen- und Außenleitungen (z. B. Gebäudeeigentümer, Wegeunterhaltungspflichtige, Polizeibehörden usw.) hat sich der Inhaber einer Amateurfunkstelle selbst zu beschaffen.

(3) Antennen und Verbindungsleitungen der Amateurfunkstellen müssen so ausgeführt sein, daß ihre Bauteile von sämtlichen Teilen der Fernmeldeanlagen der Deutschen Post mindestens 1 m entfernt bleiben. Ein kleinerer Abstand ist zulässig, wenn nach Ermessen der Deutschen Post besondere Umstände eine gegenseitige Beeinflussung ausschließen.

Kreuzungen mit Fernmeldeleitungen der Deutschen Post sind nur mit Zustimmung des zuständigen Fernmeldeamtes der Deutschen Post zulässig. Antennenanlagen dürfen weder Gleichspannungen noch niederfrequente Wechselspannungen über 24 V führen.

(4) Die Erdleitungen der Amateurfunkstelle dürfen mit Fernmeldeanlagen der Deutschen Post nicht in Berührung kommen.

(5) Der Inhaber einer Amateurfunkstelle hat Antennen, Verbindungs- und Erdleitungen auf seine Kosten sogleich zu ändern, wenn sie den Ausbau, die Änderung oder die Aufhebung von Fernmeldeanlagen, die öffentlichen Zwecken dienen, behindern oder gefährden.

### III. Betrieb der Amateurfunkstellen

(§§ 6, 7 und 8 der Verordnung)

#### § 8

##### Frequenzen

(1) Der Inhaber einer Genehmigungsurkunde kann jede Frequenz innerhalb der in der Kennzeichnung genannten Frequenzbereiche benutzen.

(2) Die Arbeitsfrequenz ist so zu wählen, daß die Frequenzbereiche gemäß Abs. 1 nicht überschritten werden.

(3) Die Arbeitsfrequenzen müssen genau eingehalten werden und sind durch geeignete Frequenzmesser ständig auf Konstanz zu überprüfen.

(4) Die Güte der Ausstrahlungen ist durch geeignete Kontrollgeräte ständig zu überwachen.

#### § 9

##### Rufzeichen

(1) Zu Beginn einer jeden Sendung ist das in der Genehmigungsurkunde zugeteilte Rufzeichen auszustrahlen und während der Sendung öfters zu wiederholen.

(2) Bei Sendungen von einem anderen als dem in der Genehmigungsurkunde festgelegten Standort (vgl. § 5 Abs. 1) ist an das Rufzeichen der Buchstabe „P“ anzuhängen. Bei solchen Sendungen muß der Standort wiederholt angegeben werden.

(3) Der Gebrauch von irreführenden oder falschen Rufzeichen und die Durchgabe von Sendungen ohne Rufzeichen sind untersagt.

##### Verkehr mit Funkstellen

#### § 10

(1) Eine Amateurfunkstelle darf im In- und Auslandsverkehr in der Regel nur mit Amateurfunkstellen Verbindung aufnehmen.

In Ausnahmefällen kann mit Zustimmung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen auch mit Versuchsfunkstellen, die der Entwicklung und Forschung dienen, verkehrt werden. Hierfür ist eine Ausnahmegenehmigung von den für die Entwicklung und Forschung zuständigen Stellen beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zu beantragen. Diese Sendungen dürfen, wenn eine Ausnahmegenehmigung erteilt ist, aufgenommen, beantwortet und entsprechend besonderer Auflagen weitergeleitet werden.

(2) Der Verkehr mit nicht zugelassenen Funkstellen ist nicht gestattet.

#### § 11

(1) Als offene Sprache gelten auch der internationale Q-Schlüssel und die international gebräuchlichen Abkürzungen und Zeichen.

(2) Die Übertragung von Musik oder Schallaufzeichnungen ist nur kurzzeitig zu Modulationsversuchen zu gestatten.

(3) Die Ausstrahlungsdauer des unmodulierten oder ungetasteten Trägers ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.

#### § 12

##### Empfang von Sendungen

(1) Mit den zu einer Amateurfunkstelle gehörenden Empfangseinrichtungen dürfen nur aufgenommen werden:

- a) Sendungen anderer Funkamateure;
- b) Nachrichten „an Alle“ (CQ-Nachrichten);
- c) Rundfunksendungen.

(2) Der Empfang aufgenommener Sendungen kann auf QSL-Karten der Sendestelle schriftlich bestätigt werden (§ 7 Abs. 1 der Verordnung). QSL-Karten sind über die Gesellschaft für Sport und Technik zu leiten.

(3) Bei der Aufnahme eines Notrufs ist der eigene Verkehr sofort zu unterbrechen und der Notruf zu beobachten. Bleibt der Notruf unbeantwortet, so sind sofort die örtlichen staatlichen Organe von der Notmeldung zu verständigen.

(4) Aufgenommene Nachrichten, die nach gesetzlichen Bestimmungen anzeigepflichtig sind, müssen sofort den örtlichen staatlichen Organen zur Kenntnis gebracht werden.

(5) Beobachtete Störungen durch andere Funkstellen sowie Verstöße gegen die Bestimmungen des Funkdienstes sind unverzüglich der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen unter genauer Darlegung des Sachverhalts zu melden.

#### § 13

##### Funktagebuch

(1) Bei jeder Amateurfunkstelle ist ein Tagebuch zu führen. Über jede Verkehrsbeziehung sind ständig folgende Aufzeichnungen einzutragen:

- a) Anfangs- und Endzeit;
- b) Rufzeichen der Gegenfunkstelle;
- c) Frequenz;
- d) verwendete Senderleistung;
- e) Standortangabe;
- f) Betriebsergebnisse (z. B. Schwunderscheinungen, Störungen);
- g) Unterschrift des für die Sendung verantwortlichen Funkamateurs.

(2) Bei Sendungen im Zusammenhang mit Notrufen ist der genaue Wortlaut aufzuzeichnen.

Bei Aufnahme von Meldungen (§ 12 Abs. 4), Beobachtungen (§ 12 Abs. 5) und beim Verkehr mit Versuchsfunkstellen (§ 10 Abs. 1) ist der Sachverhalt näher darzustellen.

(3) Abgeschlossene Funktagebücher sind mindestens ein Jahr lang bei der Amateurfunkstelle gesichert aufzubewahren.

#### § 14

##### Beeinträchtigungen anderer Dienste

(1) Durch den Betrieb einer Amateurfunkstelle dürfen Fernmeldeanlagen, die öffentlichen Zwecken dienen, in ihrer Betriebssicherheit nicht beeinträchtigt werden.

(2) Wird der Empfang von Sendungen des demokratischen Rundfunks mit Geräten geringer Trennschärfe durch den Betrieb einer Amateurfunkstelle beeinträchtigt, kann eine Sperrzeit für Amateur-sendungen während der Haupthörzeiten von der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen angeordnet werden.

#### § 15

##### Mißbrauch der Amateurfunkstelle

(1) Der Inhaber einer Genehmigung ist verpflichtet, die Amateurfunkstelle so zu sichern, daß sie von Unbefugten in seiner Abwesenheit nicht benutzt werden kann.

(2) Für jeden Mißbrauch ist er haftbar.

#### § 16

##### Stilllegen des Betriebes

(1) Bei Verletzung der Vorschriften der Verordnung und der Durchführungsbestimmungen ist die Amateurfunkstelle auf Verlangen der Deutschen Post unverzüglich stillzulegen. Während der Stilllegung sind die technischen Einrichtungen oder wesentliche Teile von ihnen so zu entfernen, daß die Benutzung der Anlage unmöglich wird.

(2) Wenn der Betrieb einer Amateurfunkstelle vorübergehend, und zwar nicht länger als zwei Monate, eingestellt wird, so kann dem Funkamateurl die Genehmigungsurkunde belassen werden.

(3) Wird eine Genehmigung widerrufen oder erlischt sie, so hat der Inhaber der Genehmigungsurkunde diese zurückzugeben und die Sendegeräte einschließlich der zugehörigen Frequenzmesser völlig in ihre Einzelteile zu zerlegen sowie die Antennen und die Erdverbindungen zu entfernen. Er ist verpflichtet, diese Außerbetriebsetzung der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen eindeutig nachzuweisen.

#### IV. Allgemeines

(§§ 5 und 10 der Verordnung)

#### § 17

##### Gebühren

(1) An Gebühren werden erhoben

- a) die Gebühr für die Ausstellung einer Genehmigungsurkunde . . . . . 3,— DM,
- b) die Gebühr für eine beantragte Ausfertigung eines Doppels der Genehmigungsurkunde . . . . . 1,— DM,
- c) die Gebühr für die fachliche Überprüfung . . . . . 5,— DM,
- d) die Gebühr für die Wiederholung der fachlichen Überprüfung . . . . . 3,— DM.

(2) Genehmigungsurkunden werden erst nach Entrichtung der Gebühren ausgehändigt.

#### § 18

##### Inkrafttreten

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1953

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

I. V.: Dr. Schröder  
Staatssekretär

**Anlage 1**

zu § 4 Abs. 1 vorstehender  
Erster Durchführungsbestimmung

**Regierung  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen**

**Genehmigungsurkunde EB Nr. ....**

Die Befugnis zum Errichten und zum Betrieb der  
umstehend unter „Kennzeichnung der Anlage“ be-  
schriebenen

**Amateurfunkstelle der Klasse .....**

wird dem .....

geboren am .....

wohnhaft .....

unter den in der Verordnung über den Amateur-  
funk (Amateurfunkverordnung) vom 6. Februar 1953  
enthaltenen Bedingungen verliehen. Der Funkver-  
kehr darf erst nach erfolgter Abnahme der Anlage  
aufgenommen werden.

Berlin, den ..... 19.....

**Ministerium für Post- und Fernmeldewesen  
Hauptverwaltung Funkwesen**

(Dienststempel)

(Unterschrift)

**Abnahmevermerk**

Die umstehend beschriebene Amateurfunkstelle  
wurde am ..... geprüft und abgenommen;  
sie ist damit zum Amateurfunkverkehr freigegeben.

....., den .....

**Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen**

(Rückseite der Anlage 1)

**A. Kennzeichnung der Anlage**

1. **Aufstellungsort:**  
Straße und Hausnummer:

2. **Rufzeichen:**

3. **Zahl der zugelassenen Sender:**

4. **Technische Einrichtung**

a) Sender Nr. 1 Nr. 2 Nr. 3

Art der Schaltung:

Zahl der Stufen:

Zahl der Röhren der Endstufe:

Typ der Röhren der Endstufe:

Anodenspannung  
der Endstufe in V:

Gesamte Anodenverlust-  
leistung in der Endstufe  
in W:

Art der Erzeugung  
der Anodenspannung:

Steuerleistung in W:

Ist Quarzsteuerung  
vorgesehen?

b) Sendefrequenzen und  
Sendearten:

c) Antennen und Erdung  
Art der Sendeantennen:  
Länge der Antennen in m:  
Art der Erdung:

d) Frequenzmesser  
Frequenzbereich:  
Genauigkeitsgrad:

e) Sonstige Geräte  
für die Sendung:

**B. Vermerke über Verlegung des Aufstellungsorts  
und über Änderungen der technischen Einrich-  
tungen**

**C. Zusätzliche Genehmigungen und Auflagen**

**Anlage 2**

zu § 4 Abs. 3 vorstehender  
Erster Durchführungsbestimmung

**Regierung  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen**

**Genehmigungsurkunde M Nr. ....**

Die Befugnis auf  
**Mitbenutzung**

der umstehend genannten

**Amateurfunkstelle der Klasse .....**

wird dem .....

geboren am .....

wohnhaft .....

unter den in der Verordnung über den Amateur-  
funk (Amateurfunkverordnung) vom 6. Februar 1953  
enthaltenen Bedingungen verliehen. Die Auflagen  
zum Errichten und zum Betrieb der genannten  
Amateurfunkstelle sind für den Mitbenutzer  
bindend.

Berlin, den ..... 19.....

**Ministerium für Post- und Fernmeldewesen  
Hauptverwaltung Funkwesen**

(Dienststempel)

(Unterschrift)

(Rückseite der Anlage 2)

**A. Kennzeichnung der mitbenutzten Amateurfunk-  
stelle**

Name und Wohnort des Inhabers: .....

Nr. der Genehmigungsurkunde: .....

Klasse der Amateurfunkstelle: .....

Rufzeichen: .....

Aufstellungsort: .....

Straße und Hausnummer: .....

abgenommen am: .....

**B. Vermerke über Verlegung des Aufstellungsortes**

**C. Zusätzliche Genehmigungen und Auflagen**

**Preisverordnung Nr. 287.****Änderung der Preisverordnung Nr. 224.****— Verordnung über die Preise für vollständig vergällten Branntwein (Brennspiritus) —****Vom 5. Februar 1953**

In Abänderung der Preisverordnung vom 12. Januar 1952 — Verordnung über die Preise für vollständig vergällten Branntwein (Brennspiritus) — (GBl. S. 58) wird folgendes verordnet:

**§ 1**

In Erweiterung des § 1 Abs. 4 der Preisverordnung Nr. 224 wird bestimmt, daß Brennspiritus vom Einzelhandel auch in Mengen unter einem Liter abgegeben werden kann. Eine derartige Abgabe darf jedoch nur durch Abfüllung aus Originalflaschen in vom Käufer zu stellende Gefäße — also lose — unter nachstehenden Bedingungen erfolgen.

„Der Brennspiritus muß in dem Verkaufsraum unter den Augen des Käufers in das für diesen bestimmte Behältnis aus einer vorschriftsmäßig bezeichneten und verschlossenen Flasche — von einem Liter Rauminhalt — abgefüllt werden, wobei jeweils nur eine angebrochene Flasche vorhanden sein darf. Im übrigen darf in den Verkaufsräumen und in den angrenzenden Räumen Brennspiritus nur in vorschriftsmäßig bezeichneten und verschlossenen Flaschen aufbewahrt werden.“

**§ 2**

Für lose abgegebenen Brennspiritus in Mengen von unter einem Liter werden folgende Preise festgesetzt:

bei Abgabe von	50 ccm	—,15 DM
„ „ „	250 „	—,70 „
„ „ „	500 „	1,40 „

**§ 3**

Diese Preisverordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. Februar 1953

Ministerium der Finanzen

I. V. Rumpf  
Staatssekretär

**Ergänzung**

**zur Dritten Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung.**

**Vom 3. Februar 1953**

In Ergänzung der Dritten Anordnung vom 12. April 1951 zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung (GBl. S. 281) wird im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien und Staatssekretariaten folgendes angeordnet:

**§ 1**

Die in § 2 Abs. 4 der Dritten Anordnung genannten wirtschaftlichen Träger der Ferienlager werden durch nachstehend aufgeführte Betriebe ergänzt:

**Bezirk Frankfurt:**

Eisenhüttenkombinat Ost, Fürstenberg

**Bezirk Cottbus:**

Großkokerei Lauchhammer

**Bezirk Potsdam:**

EKM Industriewerk Ludwigsfelde  
Stahl- und Walzwerk Brandenburg  
Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“, Wildau

**Bezirk Schwerin:**

MTS Wieckendorf, Kreis Schwerin

**Bezirk Rostock:**

Mathias-Thesen-Werft Wismar

**Bezirk Halle:**

Buna-Werke Schkopau, Merseburg

**Berlin:**

EKM Bergmann-Borsig VEB, Berlin-Wilhelmsruh  
VEB Bau Berlin

**§ 2**

Mittel für die Errichtung dieser Ferienlager sind im Investitionsplan 1953 bereitzustellen.

**§ 3**

(1) Die auf Grund des § 2 Abs. 4 der Dritten Anordnung geschaffenen zentralen Ferienlager und die nach § 1 dieser Ergänzung zu errichtenden Ferienlager sind durch die wirtschaftlichen Trägerbetriebe, die nach § 4 als Rechtsträger eingesetzt werden, als Anlagevermögen zu aktivieren. Das Vermögen ist durch Generalreparaturen nach den für die volkseigene Wirtschaft gültigen Bestimmungen zu erhalten.

(2) Die Kosten für die Abschreibungen im Jahr 1953 sind wie alle anderen Kosten für die zentralen Ferienlager in der Kostenstelle „durch zweckgebundene Mittel zu decken“ nachzuweisen und werden durch Zuschüsse des FDGB — aus dem Staatshaushalt — bzw. aus dem Direktorfonds gedeckt.

(3) Die bei SAG-Betrieben errichteten Ferienlager werden von den Räten der Kreise erfaßt und bilanziert, in deren Bereich sich die betreffenden Lager befinden. Von diesen Stellen sind auch die erforderlichen Mittel für die Erhaltung der Ferienlager in dem Plan der Werterhaltung vorzusehen.

**§ 4**

Die wirtschaftlichen Trägerbetriebe der zentralen Ferienlager der volkseigenen Wirtschaft sind als Rechtsträger einzusetzen.

Bei SAG-Betrieben sind die Räte der Kreise, in deren Bereich sich die Ferienlager befinden, als Rechtsträger einzusetzen.

Die erforderlichen Maßnahmen sind von den Räten der Kreise, Referat Staatliches Eigentum, in deren Bereich sich die Lager befinden, bis zum 30. April 1953 durchzuführen. Zu diesem Zweck haben die wirtschaftlichen Trägerbetriebe den

Räten der Kreise: Referat Staatliches Eigentum, sowie Aufstellung der Grundstücke, die zum Ferienlager des Betriebes gehören, zu übergeben.

#### § 5

Das Ministerium der Finanzen wird beauftragt, die notwendigen Richtlinien zur Durchführung des § 3 zu erlassen.

#### § 6

Diese Ergänzung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 3. Februar 1953

Stellvertreter des Ministerpräsidenten  
Ulbricht

### Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Hygieneinspektion.

Vom 27. Januar 1953

Auf Grund des § 10 der Verordnung vom 4. Dezember 1952 über die Hygieneinspektion (GBl. S. 1271) wird folgendes bestimmt:

#### § 1

Der Leiter des Bezirkshygieneinstitutes beteiligt die Fachabteilungen des Institutes an den auf Grund der Verordnung über die Hygieneinspektion zu treffenden Maßnahmen.

#### § 2

Die Hygieneaufsicht im Kreise obliegt dem Kreisarzt. Der gesamte Geschäftsverkehr in Angelegenheiten der Hygieneinspektion des Kreises geht durch seine Hand.

#### § 3

Zu den Obliegenheiten der Hygienekontrollpunkte gehört:

- a) Mitwirkung bei der Überwachung der Herstellung, der Aufbewahrung und des Vertriebes von Nahrungs- und Genußmitteln, bei der Überwachung der hygienischen Verhältnisse in den Betrieben und bei den vorgeschriebenen Kontrollen sowie insbesondere bei der Probenentnahme von Nahrungs- und Genußmitteln;
- b) Mitwirkung bei der Überwachung der ortshygienischen Verhältnisse, insbesondere bei der Überwachung der Wasserversorgungsanlagen und der Müllbeseitigung sowie bei der Entnahme von Wasserproben;
- c) Mitwirkung bei der Seuchenbekämpfung und bei der Bekämpfung von Schädlingen, die die menschliche Gesundheit gefährden.

#### § 4

(1) Vom Kreisarzt als Leiter der Hygieneinspektion des Kreises werden im Kreis Hygienekontrollpunkte festgesetzt, welche mit mindestens einem Hygieneaufseher zu besetzen sind.

(2) Die Kreisärzte erteilen, unter fachlicher Lenkung durch die Bezirkshygieneinstitute, den Hygieneaufsehern Aufträge für ihre Tätigkeit.

(3) Die Hygieneaufseher sind verpflichtet, den Kreisarzt von allen besonderen Vorkommnissen in seinem Kontrollbezirk zu unterrichten.

(4) Notwendige Sofortmaßnahmen, wie die Schließung von Lebensmittelbetrieben, sind vom Hygieneaufseher beim Kreisarzt zu beantragen.

#### § 5

(1) Das Ministerium für Gesundheitswesen bestimmt, in welchen Angelegenheiten und zu welchen Terminen die Organe der Hygieneinspektion über ihre Tätigkeit zu berichten haben.

(2) Die Pflicht zur Berichterstattung gemäß den seuchengesetzlichen Bestimmungen bei gehäuftem Auftreten von Infektionskrankheiten und bei Epidemien bleibt unberührt.

#### § 6

(1) Die aus § 5 Buchstaben a und b der Verordnung über die Hygieneinspektion erwachsenden Aufgaben obliegen der Hauptabteilung Hygieneinspektion des Ministeriums für Gesundheitswesen, die Aufgaben gemäß § 5 Buchst. c den Organen der Hygieneinspektion bei den Räten der Bezirke und Kreise.

(2) Vor Erstattung eines Gutachtens (§ 5 Buchst. a) kann die Hauptabteilung Hygieneinspektion ein medizinisches Zentralinstitut oder ein Bezirkshygieneinstitut zur Stellungnahme auffordern.

#### § 7

Die Organe der Hygieneinspektion haben über alle Maßnahmen, die sie auf Grund des § 6 der Verordnung über die Hygieneinspektion veranlassen, unverzüglich die davon betroffenen Verwaltungsstellen zu unterrichten.

#### § 8

(1) Die zuständigen Organe der Bezirke, Kreise und Gemeinden sind verpflichtet:

- a) die Organe der Hygieneinspektion bei ihren Kontrollen zu unterstützen,
- b) die von diesen angeordneten Maßnahmen zur Abstellung hygienischer Mißstände oder zur Abwendung gesundheitlicher Gefahren beschleunigt durchzuführen.

(2) Die gleiche Verpflichtung haben die für die Leitung der kontrollierten Einrichtungen oder Betriebe verantwortlichen Personen.

#### § 9

Soweit gemäß § 7 der Verordnung über die Hygieneinspektion andere Verwaltungsstellen bei ihren Maßnahmen Organe der Hygieneinspektion zu beteiligen verpflichtet sind, haben zu beteiligen:

- a) die Ministerien und Staatssekretariate: die Hauptabteilung Hygieneinspektion des Ministeriums für Gesundheitswesen,

- b) die Räte der Bezirke: das Referat allgemeine Hygiene und Seuchenbekämpfung bei der Abteilung Gesundheitswesen des Bezirkes,
- c) die Räte der Stadt- und Landkreise und der Gemeinden sowie die Leitungen der VE-Betriebe: die Kreisärzte.

#### § 10

(1) Die Beauftragten der Hygieneinspektion erhalten nach einem vom Ministerium für Gesundheitswesen vorgeschriebenen Muster Berechtigungsscheine für ihre Tätigkeit. Der Berechtigungsschein gilt nur in Verbindung mit dem Dienstaussweis.

(2) Einen Berechtigungsschein erhalten:

- a) die im operativen Einsatz stehenden Angehörigen der Hauptabteilung Hygieneinspektion des Ministeriums für Gesundheitswesen,
- b) die Bezirkshygieniker und ihre Vertreter,
- c) die Leiter und Abteilungsleiter der Bezirkshygieneinstitute und ihre Vertreter,
- d) die Kreisärzte als Leiter der Hygieneinspektion der Kreise und ihre Vertreter,
- e) die Hygieneaufseher.

(3) Die Berechtigungsscheine stellen aus:

- a) für die Hygieneaufseher das zuständige Bezirkshygieneinstitut. Sie sind vom Bezirks-

hygieniker durch Unterschrift und Siegel zu bestätigen;

- b) für alle übrigen Organe der Hygieneinspektion die Bezirkshygieniker. Diese Berechtigungsscheine sind von der Hauptabteilung Hygieneinspektion des Ministeriums für Gesundheitswesen durch Unterschrift und Siegel zu bestätigen.

(4) Die Fortdauer der Gültigkeit der Berechtigungsscheine ist von Vierteljahr zu Vierteljahr von derjenigen Dienststelle zu bestätigen, bei welcher der Inhaber des Berechtigungsscheines angestellt ist.

(5) Scheidet der Inhaber eines Berechtigungsscheines aus dem operativen Einsatz der Hygieneinspektion aus, so hat die Dienststelle, bei der er angestellt ist, den Berechtigungsschein einzuziehen und der ausstellenden Dienststelle zur Vernichtung zu übersenden.

Berlin, den 27. Januar 1953.

Ministerium für Gesundheitswesen

Steidle  
Minister

#### Berichtigungen

In der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1952 über die Musterstatuten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (GBl. S. 1375) muß es bei dem Musterstatut Typ I im Abschnitt II Ziff. 3 Abs. 3 wie folgt heißen:

„Die Gärten, Wiesen, Weiden und Wälder der Bauern, die in die Produktionsgenossenschaft eintreten, verbleiben in individueller Nutzung.

Für den Anbau von Gemüse und Obst kann jeder in die Genossenschaft eingetretene Bauer auf Beschluß der Mitgliederversammlung einen Teil Land als persönliches Eigentum zur Nutzung behalten. Diese Fläche soll nicht größer als 0,5 ha sein.“

In der Anordnung vom 13. Dezember 1952 über die Durchführung des Planes der Berufsausbildung 1953 (GBl. S. 1369) muß folgende Änderung beachtet werden:

Im § 2 Abs. 1 Schwerpunkt I unter Berufsgruppe 32, Berufsordnung 321 und 322 ist statt „alle Berufe der Berufsordnung Papierhersteller und -verarbeiter“ folgende Formulierung zu setzen: „alle Berufe der Berufsordnung Papierhersteller und Zellstoffmacher“.

Ferner ist im § 2 Abs. 1 Schwerpunkt I bei der Berufsgruppe 28, unter der Spalte Berufsordnung, zwischen 361/1 und 2811/06 einzufügen:

„281 alle Berufe der Berufsordnung Chemiefacharbeiter“.

Noch lieferbar

# KARTEIBUCH

## DER GESETZE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

*Zweite Auflage*

Diese Loseblattsammlung von Gesetzestexten — nach untergliederten Sachgebieten geordnet — enthält alle seit dem 7. Oktober 1949 im Gesetzblatt und Ministerialblatt erschienenen Bestimmungen in ihrer jeweils gültigen Fassung, ergänzt durch wichtige Verordnungen aus dem Zentralverordnungsblatt, Preisverordnungsblatt und den Mitteilungen und Anweisungen des Staatssekretariats für Erfassung und Verkauf.

Die Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und sonstigen Anordnungen ergänzenden Inhalts sind unmittelbar hinter der entsprechenden Grundvorschrift aufgenommen, so daß ein geschlossenes Bild vom Stand der Gesetzgebung gewährleistet ist.

Durch die Verwendung neuartiger Kartelbuchordner, von denen sich über 200 000 Stück bereits in der Praxis bewährt haben und die die Vorteile des Buches und der Kastenkartei in sich vereinen, wird die Handhabung wesentlich erleichtert.

### *Untergliederte Sachgebiete*

- A. *Allgemeine Verwaltung (einschließlich Verfassung und Planung)*
- B. *Wirtschaftsrecht (ohne Landwirtschaft)*
- C. *Landwirtschaft*
- D. *Gesellschaftsrecht (Sozial- und Arbeitsrecht)*
- E. *Finanzwesen*
- F. *Verkehr*
- G. *Volksbildung*
- H. *Rechtspflege*

Ein gegliedertes Inhaltsverzeichnis unter Aufführung jeder einzelnen Fundstelle der Gesetze und Verordnungen und ein Gesamt-Stichwortverzeichnis sichern ein schnelles und zuverlässiges Auffinden jeder Vorschrift. Halbmonatliche Ergänzungslieferungen, ebenfalls mit einem Ergänzungsstichwortverzeichnis, halten das Kartelbuch auf dem laufenden.

Das Kartelbuch ist daher immer aktuell — und wird so zu einem idealen Arbeitshelfer,

Das Grundwerk besteht aus etwa 7500 Textseiten, 16 Kartelbuchordnern und einem Stichwortverzeichnis.

Preis DM 95,—

Nachträge 38—42 (bis einschl. 31. Dezember 1952) und 1 Zusatzordner 30,— DM.

Inzwischen erschienene weitere Ergänzungslieferungen erhalten Sie zum Blattpreis von 4 DPf, Zusätzliche Ordner in Halbleinen je 1,20 DM.

*Bestellungen bitten wir dem Buchhandel oder dem Verlag direkt aufzugeben.  
Ausführliche Prospekte stehen auf Anforderung zur Verfügung.*



**VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG • BERLIN O 17**